

# Leitfaden zum Umgang mit Problemen elektromagnetischer Felder in den Kommunen

## Teil 1: Der Dialog mit den Bürgern



Im Auftrag des Bundesumweltministeriums  
erarbeitet von  
Peter M. Wiedemann, Holger Schütz und  
Anne Brüggemann  
Programmgruppe Mensch Umwelt Technik  
Forschungszentrum Jülich  
2. Auflage  
2000

Diesen Bericht hat die Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik des Forschungszentrums Jülich im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) im Rahmen des Vorhabens St. Sch. 4204 erstellt.

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung des Auftragnehmers wieder und muss nicht mit der des BMU übereinstimmen.

Das BMU behält sich alle Rechte an der weiteren Nutzung oder Vervielfältigung des Berichtes vor.

# Vorwort

---

An dem vorliegenden Leitfaden zum Umgang mit Problemen elektromagnetischer Felder in den Kommunen haben eine ganze Reihe von Experten beratend mitgewirkt. Besonderer Dank gilt: Prof. Jürgen Helmut Bernhardt, Vorsitzender der ICNIRP; Dr. Axel Böttger, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn; Dr. Hauke Brüggemeyer, Niedersächsisches Landesamt für Ökologie, Hannover; Dipl.-Ing. Dieter Garvert, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn; Prof. Dr. Norbert Leitgeb, Technische Universität Graz; Dipl.-Ing. Rüdiger Matthes, Bundesamt für Strahlenschutz, Oberschleißheim; Dr. Volker Mersch-Sundermann, Institut für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene, Universitätsklinikum Mannheim; Dipl.-Ing. Josef Opitz, Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, Mainz; Dr. Norbert Peinsipp, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn; Dr. Evi Vogel, Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, München.

Wir danken darüber hinaus allen Workshop-Teilnehmern, die uns Hinweise für eine praxisgerechte Gestaltung gegeben haben.

## **Anmerkungen zur zweiten Auflage**

Um die praktische Nutzbarkeit des Leitfadens für unterschiedliche Anlässe zu erleichtern, haben wir in der zweiten Auflage der gedruckten Version die beiden Hauptteile des Leitfadens als separate Teilbände veröffentlicht.

Die Hinweise auf weiterführende Informationen im WWW (bisher Kap. 7), die sich jetzt im zweiten Teilband befinden, wurden aktualisiert und ergänzt.

In einem neuen, dritten Teilband (Ende 2000) werden Erkenntnisse und Diskussionen zum sog. Vorsorgeprinzip zusammengefasst.

Der Leitfaden ist außerdem im WWW verfügbar unter <http://www.fz-juelich.de/mut/leitfaden-emf/index.html> und als CD beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Referat RS II 4, Dr. med. Axel Böttger, E-Mail: [boettger.axel@bmu.de](mailto:boettger.axel@bmu.de) erhältlich.

Anregungen und Kritik für eine dritte Auflage nehmen wir weiterhin gerne entgegen.

Peter M. Wiedemann

Forschungszentrum Jülich GmbH  
Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik  
52425 Jülich  
E-Mail: [p.m.wiedemann@fz-juelich.de](mailto:p.m.wiedemann@fz-juelich.de)

# Übersicht

---

## **Teilband 1: Der Dialog mit den Bürgern**

<b>1. Einführung: Wozu dient der Leitfaden?</b>	<b>1</b>
<b>2. Das Elektromog-Problem: Worum geht es?</b>	<b>3</b>
<b>3. Eskalation von Konflikten</b>	<b>6</b>
<b>4. Der Umgang mit EMF-Problemen</b>	<b>8</b>
<b>5. Informationen und Dialogmöglichkeiten in der Kommune</b>	<b>18</b>

## **Teilband 2: Wissenschaftliche Bewertung und rechtliche Lage**

<b>1. Einführung: Wozu dient der Leitfaden?</b>	<b>1</b>
<b>2. Basiswissen: Die Bewertung der Wirkungen von EMF auf die Gesundheit</b>	<b>3</b>
<b>3. Basiswissen: Häufig gestellte Fragen zum Thema „Gesundheit und elektromagnetische Felder“</b>	<b>18</b>
<b>4. Gesetzliche Grundlagen für Anlagen mit hoch- bzw. niederfrequenten EMF</b>	<b>32</b>
<b>5. Weiterführende Informationen</b>	<b>45</b>
<b>6. Literaturangaben aus diesem Leitfaden</b>	<b>59</b>
<b>7. Glossar</b>	<b>63</b>

# 1. Einführung: Wozu dient der Leitfaden?

---

Dieser Leitfaden zum Umgang mit Problemen elektromagnetischer Felder in den Kommunen hat vor allem folgende Ziele:

1. Er soll eine schnelle und in der kommunalen Praxis nutzbare Orientierung geben, wie durch Information und Dialog möglichen Konflikten in den Kommunen vorgebeugt werden kann.
2. Er soll die Vertreter der Kommunen anregen, ihre eigene Rolle in kommunalen Konflikten zu klären und ihre Handlungsmöglichkeiten und -grenzen besser zu erkennen.
3. Er soll ein Verständnis der wissenschaftlichen und juristischen Fragen und Probleme ermöglichen, die für den Umgang mit dem Problem in den Kommunen von Bedeutung sind.

Entsprechend diesen Zielstellungen ist der Leitfaden in zwei Teile mit unterschiedlichen Schwerpunkten gegliedert.

Im **vorliegenden ersten Teilband**, der möglichst kurz gefasst ist, wird der Umgang mit den möglichen Konfliktpotentialen behandelt, die durch geplante Niederfrequenz- bzw. Hochfrequenz-Anlagen (z.B. Anlagen der Stromversorgungsunternehmen oder Mobilfunk-Sendeanlagen) entstehen können. Hier geht es um den Dialog mit den Bürgern. Dazu sollen praktische Hinweise gegeben werden, die den vor Ort mit dem Problem befassten Personen (kommunalen Entscheidungsträgern) helfen, das Problem auf einer sachlichen Ebene zu behandeln und einer Lösung zuzuführen.

Im **zweiten, ausführlicheren Teilband "Wissenschaftliche Bewertung und rechtliche Lage"** geht es dann um die wissenschaftlichen und juristischen Fragen, die im Zusammenhang mit Kontroversen um nieder- oder hochfrequente Anlagen wichtig sind. Zentrale Themen sind hier:

- Die Bewertung der Wirkungen von EMF auf die Gesundheit,
- häufig gestellte Fragen zum Thema „Gesundheit und elektromagnetische Felder“,
- die gesetzlichen Grundlagen für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen mit nieder- bzw. hochfrequenten elektromagnetischen Feldern.

- Wer dann noch tiefer in die wissenschaftliche oder juristische Materie einsteigen will, findet im fünften Kapitel eine **Zusammenstellung von Informationsmaterialien und Informationsquellen** zum Thema elektromagnetische Felder (im folgenden auch abgekürzt: EMF). Hier sind nicht nur einschlägige Broschüren und Bücher aufgeführt, sondern auch viele der mittlerweile im Internet / World Wide Web (WWW) zum Thema EMF verfügbaren Quellen.

Als aktuelle Ergänzung des Leitfadens stellt der **dritte Teilband "Das Vorsorgeprinzip: Aktuelle Entwicklungen im EMF-Bereich"** (Ende 2000) grundsätzliche Aspekte des Vorsorgeprinzips und seine Bedeutung für die EMF-Diskussion zusammen.

## 2. Das Elektromog-Problem: Worum geht es?

---

Seit jeher leben Menschen unter dem Einfluss elektromagnetischer Felder (kurz: EMF). Sie sind ein Bestandteil unserer natürlichen Umwelt, wie beispielsweise das statische Magnetfeld der Erde oder die Sonnenstrahlung. Seit der Entdeckung der Elektrizität und deren Nutzung zur Warmegewinnung, Fortbewegung oder Kommunikation sind zahlreiche neue Quellen für elektromagnetische Felder entstanden: zum Beispiel Hochspannungsleitungen und elektrische Heizungen, elektrische Eisenbahn, Rundfunksender und Mobilfunk. Daneben gibt es noch die zahllosen, praktischen „kleinen Helfer“ im Haushalt: Rasierapparat, Föhn, Mikrowelle usw. Sie alle verursachen elektromagnetische Felder verschiedener Stärke. Für diese vom Menschen verursachten elektromagnetischen Felder hat sich in der Öffentlichkeit der zwar anschauliche, aber sachlich irreführende Begriff „Elektromog“ eingebürgert.

In den letzten Jahren sind einige der EMF-Quellen zum Gegenstand kontroverser Diskussionen in der Öffentlichkeit geworden. Es wird befürchtet, dass die elektromagnetischen Felder dieser Anlagen oder Geräte für Menschen negative Folgen haben könnten. Das Spektrum der Schädigungen oder Beeinträchtigungen, für die EMF verantwortlich gemacht wird, reicht von der Krebsverursachung oder -förderung über erhöhten Blutdruck und Herzrhythmusstörungen bis hin zu Konzentrations- und Gedächtnisstörungen. Darüber wird auch in den Massenmedien immer wieder berichtet.

Die Wirkungen von EMF auf den Menschen sind schon seit Jahrzehnten Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen und es gibt mittlerweile eine große Zahl von Forschungsergebnissen. Unzweifelhaft ist, dass nieder- und hochfrequente elektromagnetische Felder Auswirkungen auf Menschen haben können. Und es ist auch unbestreitbar, dass EMF, wenn sie stark genug sind, Menschen schädigen können. Die eigentlich interessierende Frage ist aber, ob EMF unterhalb der bestehenden Grenzwerte für nieder- bzw. hochfrequente Felder noch zu Gesundheitsschäden führen können. Die Beurteilung dieser Frage durch nationale und internationale Expertengruppen, wie der Strahlenschutzkommission, der Internationalen Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung oder der Weltgesundheitsorganisation, ist eindeutig: Nach ihrer Einschätzung gibt es keine wissenschaftlich gesicherten Hinweise darauf, dass bei Einhaltung der geltenden Grenzwerte Gesundheitsrisiken durch EMF bestehen. Das gilt auch für die sogenannten athermischen

Effekte, die bei dieser Bewertung berücksichtigt sind. Allerdings wird zugleich betont, dass bei vielen Einzelfragen die bislang vorliegenden Forschungsergebnisse unzureichend sind und weitere wissenschaftliche Studien durchgeführt werden müssen. (Grundlagen und Probleme der Risikobewertung bei EMF sowie wesentliche Forschungsergebnisse zu den gesundheitlichen Folgen von EMF werden in dem zweiten Teilband behandelt.)

Im Zentrum der öffentlichen Kontroverse um EMF stehen zur Zeit vor allem der Mobilfunk, d.h. die Mobilfunktelefone (Handys) und die zu deren Nutzung notwendigen Sendeanlagen, sowie die Hochspannungsleitungen der Energieversorgungsunternehmen.

Ausgetragen werden die Konflikte um Mobilfunk bzw. Hochspannungsleitungen meist auf lokaler Ebene, d.h. in den Kommunen oder Landkreisen – dort, wo die Sendeanlagen oder Stromtrassen gebaut werden sollen. Ohne ausreichende Begleitmaßnahmen können solche Konflikte eskalieren und kommunale Entscheidungsträger in eine schwierige Lage bringen. Denn einerseits müssen die Vertreter der Kommunen dafür sorgen, dass ihre Gemeinde eine moderne technische Infrastruktur hat und andererseits müssen sie auf die Wünsche und Befürchtungen ihrer Bürger und Bürgerinnen achten.

Die in den Kommunen verantwortlichen Entscheidungsträger (Bürgermeister, Gemeinderäte, usw.) sind dabei oft in mehrfacher Hinsicht gefordert: Sie sind Adressaten für die Befürchtungen und Forderungen der Anwohner. Sie sind aber auch Ansprechpartner für örtliche Unternehmen und Betriebe, die eine energie- und kommunikationstechnische Infrastruktur benötigen, um arbeiten zu können. Schließlich sind kommunale Entscheidungsträger mitunter auch direkt in den Konflikt einbezogen – nämlich als Verwalter öffentlichen Grundbesitzes, auf dem eine EMF-Anlage gebaut werden soll.

Um hier sachgerecht urteilen zu können, brauchen die Vertreter der Kommunen Basiswissen über:

- Verfahren zur Konfliktvorbeugung und –deeskalation, speziell zur EMF-Thematik,
- zuverlässige Aussagen der Wissenschaft zu EMF und deren gesundheitliche Wirkungen,
- die einschlägige Gesetzgebung sowie
- Hinweise auf seriöse Informationsquellen.

In den folgenden Kapiteln wird dargestellt, was Entscheidungsträger tun können, um Konflikten um EMF-Anlagen vorzubeugen bzw. diese besser zu bewältigen.

Die weiter genannten Fragestellungen werden im zweiten Teilband ausführlich behandelt.

# 3. Eskalation von Konflikten

---

## Überblick

Für die meisten Bürgerinnen und Bürger sind Infrastruktureinrichtungen wie Hochspannungsleitungen und Mobilfunk kein Problem; sie profitieren vom Nutzen moderner Technik. In manchen Fällen – insbesondere in der direkten Nachbarschaft solcher Anlagen – können jedoch Sorgen und Ängste von Anwohnern auftreten. Was in solchen Fällen getan werden kann, um einer möglichen Eskalation von Konflikten in der Gemeinde vorzubeugen, wird in den nächsten Kapiteln dargestellt.

Ziele des 1. Teilbandes

Im Einzelnen werden folgende Punkte erläutert:

- Wie Konflikte eskalieren können,
- wie der allgemeine Fahrplan bei der Bearbeitung von EMF-Problemen in der Kommune aussieht,
- welche Vorbereitungen wichtig sind,
- wie man mit Fachleuten, Anlagenplanern bzw. –betreibern, Kritikern und den Medien umgehen sollte,
- welche Informationen über EMF anzubieten sind und woher man diese beziehen kann,
- welche Maßnahmen wann einzuleiten sind, um Fragen und Probleme zu klären, der Eskalation möglicher Konflikte entgegenzuwirken und einen intensiven Austausch zwischen Bürgern, Wissenschaft, Industrie und Kommune zu ermöglichen.

## Konflikteskalation

Konflikte können eskalieren

Wenn in einer Gemeinde ein Vorhaben bekannt wird, etwa der Bau einer Hochspannungsleitung oder eines Funkmastes, so können sich aus kleinen Anlässen heraus Konflikte entwickeln, die rasch eskalieren. Am Anfang steht möglicherweise eine einzelne Anfrage eines Bürgers. Wird diese ignoriert und fühlt sich der betreffende Bürger falsch behandelt, so entsteht Unbehagen und der Eindruck, dass die Kommune sich nicht ausreichend um die Anliegen der Bürger kümmert. Leserbriefe an die regionale Presse können folgen. Schließlich können Bürgerinnen und Bürger eine Initiative gründen, Unterschriften werden gesammelt oder eine Demonstration durchgeführt.

Diese Entwicklung ist in einer offenen Gesellschaft nichts Ungewöhnliches. Konflikte sind normal  
Gegen ein Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist von der Sache her überhaupt nichts einzuwenden. Fatal kann aber die psychologische „Begleitmusik“ werden, die fast automatisch zu einer Frontenbildung führt: Hier stehen wir, die Recht haben und dort die anderen, die Unrecht haben.

Oft entstehen damit kommunikative Störungen: Kommunikative Störungen

- Es gibt Verständigungsprobleme durch die Benutzung unterschiedlicher „Sprachen“ und Perspektiven (Bürger: „Man weiß gar nicht, was die Politiker meinen.“).
- Angstkommunikation dominiert auf Seiten der Bürger, die durch Information und Erklärungen nicht widerlegt werden kann. Die Debatten laufen oft nach dem Muster „Diskussion ist Krieg“ ab.
- Auf beiden Seiten werden negative Absichten unterstellt. Vertrauen und wechselseitige Verständigungsbereitschaft sind gestört.
- Misstrauen, Protest und Verdrossenheit dominieren.

Im Nu kann das Gesprächsklima feindselig werden. Beispiele sind u.a.: „Ich komme hier gar nicht zu Wort!“, „Der versteht mich ja gar nicht!“, „Alles, was sich sage, wird von der Gegenseite verdreht!“, „Keinen kümmert, welche Probleme ich habe!“ Die andere Seite sieht dann: „Der redet ja immer dazwischen!“, „Immer die gleichen unbegründeten Vorwürfe!“ usw. Auf diese Weise vertiefen sich dann die Missverständnisse und Reibungspunkte. Ein Teufelskreis entsteht: Jede aus eigener Sicht gerechtfertigte Aktion wird von der anderen Seite als Provokation angesehen. Diese erfordert dann, dass man sich mit entsprechenden Mitteln wehrt. Von der Gegenseite wird das aber als ungerechtfertigte Provokation angesehen. Und so weiter. Konflikteskalation

Ziel der nachfolgend beschriebenen Maßnahmen ist die Wahrung eines angemessenen Kommunikationsklimas sowie die frühzeitige Deeskalation möglicher Konflikte. Die Vorschläge beruhen zumeist auf praktischen Erfahrungen mit EMF-Problemen vor Ort und der Analyse von Lösungsansätzen in der Praxis.

# 4. Der Umgang mit EMF-Problemen

---

## Der Fahrplan zur Bearbeitung von EMF-Problemen in der Gemeinde

*Konflikte vorbeugen* Um solchen Konfliktentwicklungen vorzubeugen, benötigen die Vertreter der Kommune einen Fahrplan, der ihnen angibt, was wann zu tun ist.

Hierbei ist von Bedeutung, rechtzeitig die Anliegen der wichtigsten involvierten Parteien - des Unternehmens, das die Anlage plant, sowie der Bürgerinnen und Bürger - zu kennen und einzubeziehen.

*Übersicht gewinnen* 1. Schritt: Informationen abrufen

- Basisinformationen klären (Wer plant die Anlage? Welche anderen Anlagen gibt es bereits vor Ort?)
- Kontakt zum Vorhabenplaner herstellen, um weitere Informationen über die Planungsdetails zu erhalten
- Welche Behörden sind zuständig?

*Details klären* 2. Schritt: Zusammenstellen der Informationen zum Vorhaben und Planung

- Rechtliche Grundlagen klären (z.B.: Handelt es sich um eine baurechtlich genehmigungsfreie Anlage?)
- Nachfrage bei und Abstimmen mit Behörden (z.B. mit den Umweltämtern bzw. solchen, die für die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zuständig sind)
- Bewerten möglicher Konflikte in der Gemeinde (Was kann passieren? Wie steht die ansässige Bevölkerung zu dem Vorhaben?)

*Konsens und Dissens bestimmen* 3. Schritt: Konsens über Haltung der Gemeindevertreter zu dem Vorhaben herstellen

- Nutzen erörtern (Was gewinnt die Gemeinde durch die Verbesserung der technischen Infrastruktur vor Ort?)
- Streitpunkte bestimmen (Welche Punkte könnten strittig werden?)
- Chancen für die Konfliktprophylaxe erkennen (Welche Möglichkeiten hat die Gemeinde, um Konflikte abzuwenden?)
- Festlegung der Ziele (Was will ich und was soll vermieden werden?)

*Strategie entwickeln* 4. Schritt: Auswahl und Umsetzen einer Kommunikationsstrategie

- Basisinformationen für die Gemeinde auswählen (Broschüren usw.)

- Beratungsangebote verdeutlichen (Wo kann der Bürger sich noch informieren?)
- Maßnahmen festlegen
- Gestaltung der Umsetzungsbedingungen

5. Schritt: Planung einer konkreten Informationsveranstaltung, wenn erforderlich *Vorhaben umsetzen*

- Termin planen
- Verfahren auswählen
- Experten suchen
- Termin bekannt machen
- Ressourcen bereitstellen

6. Schritt: Konfliktmittlungsverfahren einleiten, wenn erforderlich *Konflikte lösen*

- Möglichkeit/Bereitschaft klären
- Spielregeln festlegen
- Moderator bestimmen
- Ziele bestimmen
- Zeitplan festlegen
- Ressourcen bereitstellen

7. Schritt: Begleitende Maßnahmen, wenn erforderlich *Ergänzungen*

- Messprogramm planen und durchführen

## **Vorbereitung**

Sachkenntnis, Offenheit und Fairness allen beteiligten Parteien gegenüber sind wesentlich, um Vertrauen in die Entscheidungen der kommunalen Entscheidungsträger zu erhalten. Es geht dabei um: *Prinzipien des Dialogs*

- Sachkenntnis als Basis zur Bewertung von EMF-Fragen,
- Offenheit für die Anliegen der Bürger, ihre Sorgen und Befürchtungen,
- den Willen zur ausgewogenen Aufklärung und Information,
- Fairness im Umgang mit Ansichten und Bewertungen der Konfliktparteien, die möglicherweise der eigenen Bewertung widersprechen.

Darüber hinaus empfiehlt sich die Orientierung an einigen weiteren Prinzipien. Damit erhöht sich die Chance, dass Einigungen gefunden werden.

*Möglichkeiten erkennen*

- **Bescheidwissen über Handlungsmöglichkeiten und -grenzen:** Natürlich ist ein Vertreter der Kommune kein Fachmann bzw. keine Fachfrau für EMF. Dafür gibt es Wissenschaftler. Einige Grundkenntnisse sind aber dennoch wichtig. So sollten die immissions- und baurechtlichen Vorschriften bekannt sein (vgl. 2. Teilband, Kapitel 4), die den Handlungsspielraum der Kommune festlegen. Eine wichtige Aufgabe ist es hier, den Bürgern klare Vorstellungen von der Gesetzeslage zu vermitteln.

*Abgestimmte Position erarbeiten*

- **Koordinieren bei der Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen:** Die Vertreter der Kommune sollten eine eindeutige Position zu dem Problem vor Ort beziehen. Dazu ist es wichtig, dass alle Ämter und Entscheidungsträger, die möglicherweise dazu befragt werden können oder dazu Stellung nehmen, selbst ausreichend informiert sind sowie ihre eigene Position klären und abstimmen.

Eine gute Möglichkeit dazu bietet der Umweltausschuss, der heute in fast jeder Stadt vorhanden ist. Es empfiehlt sich, eine solche - auch öffentliche - Sitzung des Umweltausschusses zu einer aktuellen EMF-Problematik einzuberufen, bevor man größere, an die Öffentlichkeit gerichtete Informationsveranstaltungen durchführt.

*Chancen ergreifen*

- **Aktiv Handeln:** Gestaltungsmöglichkeiten existieren bei der Information über EMF und der Entwicklung eines Bürgerdialogs. Zielführend ist hier auch ein rechtzeitiger Kontakt zu dem Unternehmen, das eine EMF-erzeugende Anlage am Ort plant. Hier bestehen die eigentlichen Chancen für kommunale Entscheidungsträger, ihren Bürgern und Bürgerinnen zu zeigen, dass sie sich für sie einsetzen.

Manchmal wird die Eigendynamik der Probleme unterschätzt, die sich im Zusammenhang mit EMF-relevanten Vorhaben - sei es der Bau einer Funksendeanlage oder einer Hochspannungsleitung - entwickeln können. Wer aber rechtzeitig das Thema aufgreift, über das Vorhaben informiert und sich mit den möglichen Fragen und Problemen der Bürger auseinandersetzt, der baut möglichen Konfliktentwicklungen vor.

## Die Zielgruppen

Die Kommunalpolitik vertritt die Interessen aller Bürger vor Ort, nicht nur die Anliegen besonders aktiver Gruppen. Bei der Information über und dem Dialog zu EMF-Fragen müssen deshalb die verschiedenen Anliegen möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden.

Wenn es um den Bau von Infrastruktureinrichtungen in den Gemeinden geht (Hochspannungsleitungen oder Mobilfunksender), sind hierbei folgende Zielgruppen bedeutsam:

- Die Aktiven, d.h. diejenigen Mitglieder der Kommune, die klar und entschieden Stellung beziehen (entweder für oder gegen die zu bauende Anlage)
- Meinungsbildner mit besonderem (Fach-)Wissen, wie z.B. ansässige Ärzte, Lehrer oder Ingenieure
- Betroffene, die für sich besondere Gefahren oder Nachteile sehen, wie z.B. Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen
- Unentschiedene, die sich weder für noch gegen das Vorhaben (z.B. den Bau eines Mobilfunksenders) aussprechen und daran vielleicht auch nicht sehr interessiert sind.

**Aktive** engagieren sich, um ihre Interessen zu vertreten. So können z.B. Gewerbetreibende und Hoteliers um eine bessere Versorgung mit Mobilfunk bemüht sein. Andere Mitglieder der Kommune sprechen sich dagegen aus und gründen Initiativen, um ihren Forderungen entsprechenden Nachdruck zu verleihen. Diese Zielgruppen müssen nicht besonders motiviert werden, um sich an der Diskussion zu beteiligen, sie tun dies aus eigenem Antrieb.

Entschiedene Interessen führen aber zuweilen auch zu Einseitigkeiten. Oft wird nur das anerkannt, was die eigene Meinung unterstützt, die Probleme werden zugespitzt, und nicht selten werden der Gegenseite üble Absichten unterstellt – mit fatalen Folgen für die Kommunikation. Gemeindepolitik sollte deshalb immer im Auge behalten, dass es zu Pro- oder Kontra-Auffassungen auch entsprechende Gegenargumente gibt. Noch wichtiger ist es, Überspitzungen entgegenzuwirken und eine offene und sachliche Diskussion in Gang zu setzen.

**Meinungsbildner** in der Gemeinde sind von besonderer Bedeutung. Wie der Arzt vor Ort Stellung nimmt, was die Physiklehrer sagen und wie der Pfarrer eingestellt ist, spielt für viele Unentschiedene eine wichtige Rolle, denn diese Personen haben ihr Vertrauen, sie sind anerkannt. Schwierigkeiten entstehen jedoch dann, wenn einzelne Meinungsbildner pauschale Bewertungen abgeben, die über ihren eigenen Kompetenzbereich hinausgehen. Hier muss die

Gemeindepolitik den zuweilen schwierigen Weg gehen und verdeutlichen, dass fachliche Expertise ein knappes Gut ist. So hat z.B. der Sachverständigenrat für Umweltfragen erklärt, dass als wissenschaftlicher Experte nur gelten kann, wer eigene Forschung betreibt, seine Ergebnisse in wissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht und sich der Kritik anderer Wissenschaftler stellt.

**Betroffene** haben wie allen anderen Bürger das Recht, ihre Auffassungen und Meinungen zu äußern. Und gerade, wenn es um die Gesundheit geht, ist es die Pflicht des Staates, seine Bürger zu schützen. Allerdings ergibt sich hier zuweilen ein Spannungsfeld, wenn z.B. Gesundheitsstörungen (über deren Vorliegen zumeist kein Zweifel besteht) ausschließlich einer bestimmten Anlage zugeschrieben werden ("Die Strommasten machen mich krank"). Dieser Wirkungszusammenhang muss zusätzlich einer wissenschaftlichen Prüfung unterzogen werden, da der Einzelne sich bei der Frage, was seine Beschwerden verursacht, irren kann. Die Gemeindepolitik hat deshalb die Aufgabe abzuwägen und Wege zu finden, wie die zugrundeliegende Frage „Geht von der Anlage ein gesundheitliches Risiko aus?“ offen, fair und sachgerecht diskutiert werden kann.

**Unentschiedene** haben oft auch ein geringes Interesse an der jeweiligen Thematik, ihr Engagement ist eher gering. Die Gemeindepolitik sollte diese Gruppe jedoch nicht außer Acht lassen, sondern Wege finden, auch diese Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen.

## **Der Umgang miteinander**

### ***Umgang mit Experten***

*Hilfe bei der  
Suche nach Ex-  
perten*

Zu Fragen der gesundheitlichen Wirkungen von EMF gibt es nur wenige wirkliche Experten. Zu den Fachleuten für EMF zählen vor allem Wissenschaftler, die selbst Forschung zum Thema EMF betreiben und die sich der wissenschaftlichen Kritik durch andere Experten stellen, z.B. bei internationalen Tagungen.

Für die Vertreter der Kommune, die nicht vom Fach sind, ist es nahezu unmöglich, zu wissen, wer Experte ist und wer nicht. Bei der Suche nach Experten können helfen:

- die nächstgelegene Universität,
- der Informationsdienst der GSF (Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit),<sup>1</sup>
- das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS),<sup>2</sup>
- der Krebsinformationsdienst Heidelberg (KID),<sup>3</sup>
- der Informationsdienst Wissenschaft (idw).<sup>4</sup>

Die Information Umwelt am Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (**GSF**) hilft, aktuelle naturwissenschaftliche Erkenntnisse und Forschungsergebnisse schnell und unbürokratisch für die öffentliche Diskussion zugänglich zu machen. Außer für die Presse steht die Informationsstelle auch Politikern, Behörden und interessierten Vereinigungen unter der Rufnummer (089) 3187 2710 zur Verfügung. Folgende kostenlose Dienstleistungen werden u.a. angeboten: Vermittlung von Experten aus Wissenschaft, Verwaltung, Industrie, Auskünfte über Sachdaten und wissenschaftliche Zusammenhänge. Bundesweit haben bisher über 1300 Wissenschaftler/innen ihre Bereitschaft zur Kooperation erklärt.

**KID**, der telefonische Krebsinformationsdienst für den Bürger, arbeitet seit 1986 im Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg und hat seither rund 150.000 Anfragen aus ganz Deutschland beantwortet. Ziele des KID sind u.a. die Förderung eines schnellen Zugangs zu aktuellen Informationen über Krebsforschung und -prävention, über Standards in Diagnostik, Therapie und Nachsorge sowie die Vermittlung von Adressen krebsbezogener Institutionen.

KID steht von Montag bis Freitag, 8 bis 20 Uhr, unter der Telefonnummer (06221) 41 01 21 zur Verfügung. KID bietet auch ausführliche Informationen im Internet an (<http://www.krebsinformation.de>).

Der wichtigste Dienst des Informationsdienstes Wissenschaft (**idw**) ist ein Experten-Makler: ein Vertreter der Kommune sucht Experten zu einem Thema. Er schickt eine entsprechende Anfrage per E-Mail an [idw-fragen@tu-clausthal.de](mailto:idw-fragen@tu-clausthal.de), die von dort aus vollautomatisch an die Pressestellen aller angeschlossenen Hochschulen und Forschungsinstitute im deutschen Sprachraum verteilt wird. Hat eine Institution Fachleute verfügbar, so gibt sie diesen die Anfrage mit der Bitte um Kontaktaufnahme weiter.

Im Umgang mit Experten ist darauf zu achten:

- Wer immer in Anspruch nimmt, Experte zu sein und Aussagen darüber macht, was Forschung zu den gesundheitlichen Wirkungen von EMF aussagt, muss diesen Anspruch legitimieren.
- Offenzulegen ist: Welche Ausbildung hat der Experte? Wozu hat er/sie geforscht? Wo sind die Forschungsarbeiten publiziert?

Unbenommen dieser zu fordernden Qualifikation hat natürlich jeder das Recht, kritische Fragen zu stellen. Wer aber Antworten gibt, die den Stand der Forschung betreffen und wertende Aussagen über Forschungsergebnisse macht, muss sich auch selbst einer kritischen Befragung stellen.

Themenfeld	Vertiefungsfragen
Was hat die Forschung zu den Wirkungen von EMF auf Lebewesen festgestellt?	Wie ist die gesundheitliche Bedeutung der wissenschaftlichen Befunde zu den Wirkungen von EMF einzuschätzen?  Geht man davon aus, dass die Wirkungen von EMF keine negativen gesundheitlichen Bedeutungen haben?  Oder sind Wirkungen gezeigt, die gesundheitliche Bedeutung ist aber unklar?  Oder gilt das gesundheitliche Risiko als erwiesen?
Sind die bestehenden Grenzwerte ausreichend?	Wie werden Grenzwerte festgelegt?  Wie werden unterschiedliche Empfindlichkeiten der Menschen berücksichtigt?  Reichen die Grenzwerte aus?  Wie werden sie dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis angepasst?
Was bedeutet die Anlage für unsere Bevölkerung?	Ist die Gesundheit der Bevölkerung geschützt?  Wie wird die Gesundheit geschützt?

**Tabelle 1:** Fragen an Experten

### ***Umgang mit den Anlagenplanern und -betreibern***

Die Kommune sollte die Betreiber motivieren, sich aktiv und in der richtigen Weise mit der Öffentlichkeit auseinanderzusetzen. Es ist wichtig, der Industrie nahezubringen, dass es auch in ihrem Interesse ist, die Öffentlichkeit über ein Vorhaben zu informieren und für Fragen und Bedenken offen zu sein.

Eine Möglichkeit, die Industrie zu motivieren, mehr als das übliche zu tun, liegt in dem Vorsorgegedanken sowie in dem Appell an die gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Industrie.

### ***Umgang mit Kritikern***

Während in der allgemeinen Öffentlichkeit das Thema EMF meist nur geringe Resonanz findet, hat es für die Kritiker, die sich z. B. in Bürgerinitiativen organisieren, eine außerordentlich hohe Bedeutung.

Zur Gruppe der Kritiker gehören auch Personen, die sich als elektrosensibel einschätzen. Aufgrund ihrer eigenen gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die sie auf EMF zurückführen, wird es schwierig oder sogar unmöglich sein, mit ihnen zu einer Pro- und Kontra-Abwägung zu kommen.

*Wer sind die Kritiker*

Schließlich sind noch diejenigen Wissenschaftler zu den Kritikern zu zählen, deren Bewertung nicht mit der Bewertung der international anerkannten Fachgremien, auf die sich Gesetze und Rechtsprechung beziehen, übereinstimmt. Bürgerinitiativen berufen sich häufig auf diese Gegen-Experten und arbeiten mit ihnen zusammen.

Für den Umgang mit Kritikern ist wichtig, dass sie, wenn sie vor Ort z. B. in Form einer Bürgerinitiative engagiert sind, möglichst einzubinden sind. Dabei sind die Spielregeln entscheidend. Für sie gilt, wie für alle anderen auch, dass sie das Recht haben, Standpunkte darzustellen und Gegen-Standpunkte zu kritisieren. Das bedeutet aber auch, dass sie sich ebenfalls der Kritik stellen müssen. Eine Sonderrolle – etwa als Vertreter gesamtgesellschaftlicher Interessen – kommt ihnen nicht zu. Und wie für alle anderen auch, sind klare Grenzen zu setzen: Kooperation setzt eine Orientierung an der Sache voraus.

*Spielregeln gelten für alle Beteiligten*

### ***Umgang mit den Medien***

Die Medien spielen eine wichtige Rolle bei allen EMF-Fragen. Sie sind oft die einzige Informationsquelle für die Öffentlichkeit zu diesem Thema. Ihre Berichterstattung ist kontrovers orientiert und richtet sich zumeist an Konflikten aus.

*Multiplikatoren für die Information der Öffentlichkeit*

Trotzdem wäre es falsch, sie nur als Konflikthanzeiger wahrzunehmen und deshalb möglichst aus dem Spiel zu lassen. Vielmehr kommt es für kommunale Entscheidungsträger darauf an, die lokalen Medien für die Information

der Öffentlichkeit zu nutzen. Dabei ist es wichtig, selbst berichtenswerte Ereignisse zu schaffen. Solche berichtenswerte Ereignisse sind z. B. die Durchführung von Messungen oder die Einrichtung eines Runden Tisches.

*Umgang mit Journalisten*

Wird man selbst von einem Journalisten kontaktiert, so kommt es darauf an zu prüfen:<sup>5</sup>

- Wer ist der Journalist? Für wen arbeitet er?
- Was will der Journalist? Habe ich das genau verstanden?
- Bin ich der richtige Ansprechpartner für den Journalisten?
- Bin ich mit dem Medium (z.B. Videointerview, Hörfunkbeitrag) hinreichend vertraut?
- Worüber will ich Informationen vermitteln? Und wie kann ich meine eigene Rolle darstellen?
- Welche zentralen Botschaften habe ich und was will ich vermitteln? Habe ich ein oder zwei konkrete Beispiele parat?

Im Interview kommt es darauf an, sich kurz zu fassen. Medienzeit ist oft extrem begrenzt. Es kommt darauf an, die zentralen Aussagen in 60 Sekunden darstellen zu können.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Adresse:

GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit	
GSF-Öffentlichkeitsarbeit Ingolstädter Landstraße 1 85764 Neuherberg	Fax: 089/ 3187 – 3324  E-Mail: <a href="mailto:oea@gsf.de">oea@gsf.de</a> WWW: <a href="http://www.gsf.de/">www.gsf.de/</a>

<sup>2</sup> Adresse:

Bundesamt für Strahlenschutz	
Willy-Brandt-Str. 5 38226 Salzgitter  Telefon: 05341/885 -0 Telefax: 05341/885 – 885  WWW: <a href="http://www.bfs.de">www.bfs.de</a>	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Dr. Eckart Viehl Postfach 100149 38201 Salzgitter  Tel.: 05341/885-130 Fax: 05341/885-150 E-Mail: <a href="mailto:eviehl@bfs.de">eviehl@bfs.de</a>

<sup>3</sup> Adresse:

KID - der telefonische Krebsinformationsdienst im Deutschen Krebsfor- schungszentrum in Heidelberg	
Im Neuenheimer Feld 280 69120 Heidelberg  Montag bis Freitag von 8 bis 20 Uhr unter der Telefonnummer: 0 62 21 / 41 01 21	E-Mail: <a href="mailto:kid@dkfz-heidelberg.de">kid@dkfz-heidelberg.de</a>  WWW: <a href="http://www.krebsinformation.de/index.html">www.krebsinformation.de/index.html</a>

<sup>4</sup> Adresse:

idw - Informationsdienst Wissenschaft	
	E-Mail: <a href="mailto:idw-fragen@tu-clausthal.de">idw-fragen@tu-clausthal.de</a>  WWW: <a href="http://idw.tu-clausthal.de">http://idw.tu-clausthal.de</a>

<sup>5</sup> siehe dazu: <http://www.fz-juelich.de/mut/medien/handout1.html>  
Hier finden sich Hinweise für den Umgang mit Journalisten.

# 5. Informationen und Dialogmöglichkeiten in der Kommune

---

## Informationen anbieten

*Informationsdefizite* Die meisten Menschen sind über das Thema EMF nur wenig informiert und haben nur undeutliche Vorstellungen darüber, wie EMF entstehen und welche Wirkungen damit verbunden sein können. Wissenschaftliche Untersuchungen zu diesem Thema sind in der Öffentlichkeit kaum bekannt.

Deshalb ist Information ein zentrales Anliegen. Zum einen ist über die Wirkungen von EMF auf den Menschen und die Umwelt sowie über den vorhandenen Gesundheitsschutz zu informieren. Zum anderen sind Informationen über die EMF erzeugenden Anlagen zu geben.

*Auswahl von Informationsmaterialien* Für die grundlegenden Informationen eignen sich eine Reihe von vorhandenen Broschüren. Zu den wichtigsten zählen die Publikationen des Bundesamtes für Strahlenschutz, der Weltgesundheitsorganisation sowie der nationalen und internationalen Strahlenschutzkommission.

Darüber hinaus ist es auch ratsam, sich mit den Einschätzungen anderer Institutionen vertraut zu machen, die der staatlichen Gesundheitspolitik kritisch gegenüberstehen. Dazu zählen u.a. der BUND, das Nova-Institut, Katalyse e.V. und ähnliche Gruppierungen (siehe 2. Teilband, Kapitel 5).

*Anforderungen* Anforderungen an qualifiziertes Informationsmaterial sind:

- Ungebundenheit des Bewerbers von wirtschaftlichen Interessen
- Wissenschaftliche Qualifikation der Quelle (z.B. eigene Forschungsarbeiten in renommierten Fachzeitschriften)
- Übersicht über die vorhandene Forschung als Basis der Information
- Klare Beurteilungskriterien und Ausgewogenheit der Bewertung
- Durch klare Argumentation begründete Schlussfolgerungen
- Verständlichkeit
- Verzicht auf Polemik

Bei der Information über EMF ist die Auswahl entscheidend: An welchen Quellen sollte man sich orientieren? Denn, und das ist nichts ungewöhnliches, es gibt durchaus unterschiedliche Bewertungen des Gesundheitsrisikos von EMF (siehe 2. Teilband, Kapitel 2). *Informationsquellen auswählen*

Zwar ist die persönliche Meinungsbildung prinzipiell frei. Und jeder neigt erst einmal dazu, der Quelle eher zu glauben, die der eigenen Auffassung entspricht.

Ungeachtet dessen haben kommunale Entscheidungsträger aber zu berücksichtigen, dass bei der Gesundheitspolitik Informationsquellen wie die der internationalen und nationalen Strahlenschutzkommission oder die Weltgesundheitsorganisation ein höheres Gewicht haben als andere Quellen. Denn deren Ausführungen sind interessenungebunden und bilden die Basis der gesetzlichen Regelung und Rechtsprechung. Selbst dann, wenn man persönlich eine andere Informationsquelle für glaubwürdiger hält, ist dieser Sachverhalt maßgeblich.

### ***Merkmale***

- Kommunen sollten sich qualifizierte Informationsmaterialien beschaffen, um sie ihren Bürgern weitergeben zu können. Im 2. Teilband, Kapitel 5 findet sich dazu eine Liste von Bezugsadressen.
- Die jeweiligen Landesregierungen bzw. die ihr untergeordneten Behörden sollten bei der Beschaffung von Informationsmaterialien und der Planung von Informationsveranstaltungen eingebunden werden.
- Auf Bürgeranfragen sollte man vorbereitet sein. Wichtig ist, den Bürgern zu vermitteln, was die Kommune tut, um die Interessen aller Bürger wahrzunehmen.
- Alle Informationsaktivitäten sind zu koordinieren.
- Nach Möglichkeit sollte die lokale Presse einbezogen werden, um den Bürgern Hinweise auf Informationsveranstaltungen zu geben sowie auf vorhandene Einrichtungen in der Kommune hinzuweisen, bei denen man sich informieren kann.

## Verschiedene Dialogmöglichkeiten in der Kommune

*Wahl des Verfahrens gemäß der Konfliktlage*

Das Weitergeben von Informationsmaterial ist ein wichtiger erster Schritt und reicht in vielen Fällen aus, um angemessen mit der Situation umzugehen. Ist die Situation jedoch bereits so eskaliert, dass man auf massive Befürchtungen und Ängste trifft, reicht Information allein nicht aus.

Was kann jetzt von seiten der Vertreter der Kommune getan werden? Im folgenden Abschnitt werden verschiedene Formen des Dialogs vorgestellt, die sich je nach Grad der Eskalation des Konflikts anbieten.

*Ansätze*

Dabei werden drei Ansätze unterschieden:

- Informationsverfahren im Kreis der Entscheidungsträger (Anfragen einzelner Personen, Diskussion oder Entscheidungsfindung in der kommunalen Politik, z.B. zu Standortfragen)
- Verfahren zur Information der Öffentlichkeit (Bei Vorliegen erster Medienberichte, organisierte Beschwerden)
- Konfliktlösungsverfahren

Je nach Lage in der Gemeinde (Welche Konflikte können entstehen?) sollte einer dieser Ansätze gewählt werden. Die Kunst dabei ist es, diese Lage richtig einzuschätzen.

*Umstände beachten*

Nachfolgend werden unterschiedliche Dialogmaßnahmen beschrieben und eingeschätzt. Dabei ist zu beachten, dass eine Konflikteskalation auch durch Maßnahmen hervorgerufen werden kann, die in Art und Umfang nicht der Situation gerecht werden. Zu beachten ist weiterhin, dass die eigentliche EMF-Diskussion ggf. noch von anderen gemeindeinternen Konflikten überlagert werden kann.

Auch Größe und Wirkungsbreite der geplanten Anlage sollte ein relevantes Kriterium für die Wahl einer ersten Informationsmaßnahme sein.

Verfahren	Ziel	Vorteile	Nachteile
<b>Informationsverfahren im Kreis der Entscheidungsträger</b>			
Informationsveranstaltung	Vorhaben kennenlernen	Information aus erster Hand	Kann als zu einseitig empfunden werden.
Anhörung	Vertreter der Kommune werden aus erster Hand aus verschiedenen Perspektiven über das Vorhaben informiert	Information aus erster Hand durch verschiedene Experten	Aufwand ist relativ groß.
<b>Information der Öffentlichkeit</b>			
Informationsveranstaltung	Vorhaben kennenlernen	Information aus erster Hand	Kann als zu einseitig empfunden werden.
Offenes Haus	Ermöglichen von intensiven Einzelgesprächen zu Fragen der Bürgerinnen und Bürger	Typische Konfrontationen, wie sie bei Podiumsdiskussionen vorkommen, werden vermieden	Aufwand ist relativ groß.
Podiumsdiskussion	Bewertung von EMF-Fragen aus verschiedenen Sichten	Gibt den Bürgern die Möglichkeit, verschiedene Standpunkte kennenzulernen.	Kann leicht „kippen“, weil aneinander vorbei geredet wird.
<b>Konfliktlösungsverfahren</b>			
Information über Messungen	Verdeutlichen von vorhandenen Emissionen	Bürger können sich vergewissern, welche Feldstärken vorhanden sind.	Es bleibt Diskussionsbedarf bei der Bewertung.
Runder Tisch	Diskussion von Alternativen in Bezug auf Standorte, Technikdesign und zusätzlichen Vereinbarungen mit der Industrie	Intensive Erörterung ist möglich.	Aufwand ist für alle Beteiligten groß.

**Tabelle 2:** Überblick Dialogmaßnahmen

### ***Informationsveranstaltung***

Die Vertreter der Kommune, ggf. auch mit direkter Beteiligung der betroffenen Bürger, können zur Deckung ihres eigenen Informationsbedarfs kleinere Informationsveranstaltungen durchführen. Dazu werden Vertreter des Vorha-

*Das Vorhaben kennenlernen*

bensträgers eingeladen, die in einem Vortrag die wesentlichen Informationen zu der geplanten Anlage geben.

In kleineren Gemeinden, können solche Informationsveranstaltungen auch dazu genutzt werden, um die Nachbarn, die unmittelbar in der Nähe der geplanten Anlage leben, zu informieren.

Schritte	Ziele	Zeit
Begrüßung und Erläuterung von Sinn und Zweck der Informationsveranstaltung	Aufbau der Veranstaltung verdeutlichen	5 Min.
Vorstellungsrunde	Kennenlernen der eingeladenen Gäste	5 Min.
Vortrag	Teilnehmer erhalten erste Information. Ein solches Statement ist aber kein „Muss“.	Nicht länger als 25 Min.
Frageteil	Teilnehmer bekommen die Gelegenheit, Fragen zu Vorhaben zu stellen	ca. 1 Stunde
Zusammenfassung durch den Moderator	Welche Fragen sind geklärt, was ist noch offen und wie gehen wir weiter vor?	10 Min.

**Tabelle 3:** Fahrplan Informationsveranstaltung

## **Anhörung**

*Information aus verschiedenen Perspektiven*

Zu einer Anhörung werden verschiedene Parteien geladen, die Auskunft geben können. Dazu zählen: Die Betreiber bzw. Vorhabenplaner der betreffenden EMF-Anlage sowie die Vertreter von Behörden als Bewerter (z.B. die zuständige Immissionsschutzbehörde). Zusätzlich können 5-8 Bürger eingeladen werden, die nach dem „Zufallsprinzip“ ausgewählt werden, um ein repräsentatives Meinungsbild zu erhalten.

*Varianten*

Zwei Varianten sind denkbar. Die erste Variante besteht aus einer Sitzung im Umweltausschuss der Gemeinde. Hier hören die Vertreter der Gemeinde die eingeladenen Gäste an, um sich kundig zu machen. Der Bürgermeister bzw. ein Vertreter moderiert die Veranstaltung. Die eingeladenen Parteien informieren und nehmen zu den Fragen aus der Kommune Stellung.

Die zweite Variante bezieht die eingeladenen Bürger der Gemeinde mit ein: Die nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgervertreter stellen ihre Fragen und die eingeladenen Gäste geben dazu ihre Antworten.

Das charakteristische Merkmal einer Anhörung ist, dass die eingeladenen Fachleute sich den Fragenden unterzuordnen haben. Sie sollen sich nur zu den Fragen äußern, die gestellt werden. Diese Vorgehensweise – richtig angewandt – ermöglicht eine effiziente Information.

Schritte	Ziele	Zeit
Begrüßung und Erläuterung von Sinn und Zweck der Anhörung	Spielregeln und Aufbau der Anhörung verdeutlichen	5 Min.
Vorstellungsrunde	Kennenlernen der eingeladenen Gäste	5 Min.
Möglich: Eingangs-Statement	Teilnehmer erhalten erste Information. Ein solches Statement ist aber kein „Muss“.	Nicht länger als 3 Min. pro Gast
Frageteil	Teilnehmer bekommen die Gelegenheit, Fragen zum Vorhaben zu stellen	ca. 1,5 Stunden
Zusammenfassung durch den Moderator	Welche Fragen sind geklärt, was ist noch offen und wie gehen wir weiter vor?	10 Min.

**Tabelle 4:** Fahrplan Anhörung

### *Offenes Haus*

Für größere Informationsveranstaltungen, die sich explizit an die Öffentlichkeit richten, bietet sich das „Offene Haus“ an.

*Breite Information für die Öffentlichkeit ohne Disput*

Ein „Offenes Haus“ funktioniert nach Art einer Messe. Die Industrie, verschiedene Interessengruppen und Behörden, erhalten die Gelegenheit an einem Nachmittag/Abend ihre Vorstellungen, Bewertungen und Argumente darzustellen. Jeder bekommt dazu einen Platz für einen Infostand (Ort der Veranstaltung kann z.B. das Rathaus sein). Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde haben dann die Gelegenheit, jeden Stand zu besuchen, um sich die Informationen abzuholen, die sie für wichtig erachten. Diese Vorgehensweise erlaubt es, individuelle Informationsbedürfnisse zu befriedigen. Sie beugt außerdem der Gefahr von Podiumsdiskussionen vor, dass sich die Beteiligten untereinander in einen unfruchtbaren Streit verwickeln.

Selbst schwierige medizinische Sachverhalte können auf der Veranstaltung vom Typ „Offenes Haus“ erörtert werden. Allerdings setzt das seitens wissenschaftlicher Institute Vorbereitungen und Ressourcen voraus, die nicht

immer vorhanden sind. Um hierzu Wissenschaftler zu gewinnen, müssten Unterstützungen angeboten werden (z.B. um vorhandene Folien in Poster umzusetzen). Das wiederum ist nur in größeren Gemeinden möglich. Auch sollte bedacht werden, dass man für solche zeitaufwendigen Veranstaltungen kaum einen Professor, sondern eher einen Assistenten gewinnen kann.

<b>Schritte</b>	<b>Ziele</b>	<b>Zeit</b>
Ideenfindung	Anhänger für die Idee des offenen Hauses gewinnen	In der ersten Woche
Planung	Teilnehmer einladen Vorhaben in der Kommune bekannt machen Ressourcen zur Unterstützung der Gäste einplanen	In der zweiten Woche
Durchführung	Bürgern und Bürgerinnen die Gelegenheit zur Information bieten	In der dritten Woche (Dauer: 1 halben Tag)
Pressegespräche	Die erweiterte Öffentlichkeit über Ergebnisse und Ablauf des offenen Hauses informieren	Unmittelbar danach

**Tabelle 5:** Fahrplan „Offenes Haus“

### ***Podiumsdiskussion***

*Die beteiligten Parteien nehmen Stellung*

Podiumsdiskussionen sind heikle Veranstaltungen, die oft Konflikte verschärfen, anstatt zu deren Beilegung beizutragen. Sie sind deshalb sorgfältig vorzubereiten und sollten zudem nur im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen eingesetzt werden (z.B. bei der Darstellung von Ergebnissen von Messprogrammen oder als Begleitveranstaltungen zu „Runden Tischen“).

Das eigentliche Ziel von Podiumsdiskussionen ist es, dass verschiedene Parteien zu Wort kommen: Neben den Vertretern der Industrie und der Bürgerinitiative sollte auch ein wissenschaftlicher Experte eingeladen werden. Darüber hinaus kann es nützlich sein, auch die für den Emissionsschutz zuständige Behörde dabei zu haben. Sinnvoll ist auch die Teilnahme eines Vertreters der Politik, der sachkundig ist.

Bestandteile einer Podiumsdiskussion sind Vorträge, die Diskussion der Podiumsteilnehmer untereinander und die Beantwortung von Fragen der Zuhörer.

Soweit zum eigentlichen Sinn von Podiumsdiskussionen. In der Realität reden die Diskussionsteilnehmer aber oft aneinander vorbei. Zuweilen sind die Beiträge zu langatmig und unverständlich; außerdem besteht immer das Risiko, dass das Ganze in einem reinen Schlagabtausch endet. Und: je größer eine Veranstaltung ist, desto schwieriger ist sie zu führen. *Risiken*

Deshalb ist die Einhaltung von Spielregeln sehr wichtig. Die erste wichtige Spielregel für eine Podiumsdiskussion ist Fairness. Den Teilnehmern auf dem Podium müssen gleiche Rechte zur Rede und zur Gegenrede eingeräumt werden. Außerdem gilt: Vorträge von mehr als 15 Min. Länge sind unproduktiv. *Wichtige Spielregeln*

Die zweite wichtige Spielregel betrifft die Bereitstellung von wissenschaftlicher Sachkenntnis. Es macht keinen Sinn, nur entgegengesetzte Standpunkte zu Wort kommen zu lassen – hier Industrie, dort die Vertreter der Bürgerinitiative. Es kommt darauf an, einen wissenschaftlichen Experten zu finden, der die gegensätzlichen Standpunkte vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Erkenntnis bewerten kann. Das kann z.B. ein ausgewiesener Umweltmediziner einer nahen Universität sein, der aber fachkundig sein muss. Ein Strahlenbiologe, ein Biophysiker, ein Umweltmediziner oder ein Epidemiologe wären wünschenswert.

Wenig Sinn macht es, einen Experten aus der Wissenschaft, einen Baubiologen oder einen anderen Vertreter einer Bürgerinitiative gegenüberzustellen. Die Sachlage ist zu komplex, der Konfliktgehalt oft zu groß, um sachlich zu verdeutlichen, wie Wissenschaft bewertet und welche wissenschaftlichen Probleme strittig sind.

Schritte	Ziele	Zeit
Begrüßung und Erläuterung von Sinn und Zweck der Podiumsdiskussion	Spielregeln und Aufbau der Podiumsdiskussion verdeutlichen	5 Min.
Vorstellungsrunde	Kennenlernen der Teilnehmer der Podiumsdiskussion	Nicht länger als 10 Min.
Vortrag: Bürgerinitiative	Kennenlernen der Bewertungen und der wichtigsten Argumente	15 Min.
Vortrag: Industrie	Kennenlernen der Bewertungen und der wichtigsten Argumente	15 Min.
Gegenreden	Der Vertreter der Industrie und der Vertreter der Bürgerinitiative haben die Möglichkeit die Rede der Gegenseite zu kommentieren	2x 5 Min.
Vortrag Fachexperte	Kennenlernen der wichtigsten Aussagen der Forschung mit Bezug zu den zuvor geäußerten Standpunkten	20 Min.
Eventuell kurze Statements der eingeladenen Behördenvertreter	Kennenlernen der Standpunkte	Nicht länger als 10-15 Min.
Nachfrage-Teil	Zuhörer bekommen die Gelegenheit, Fragen zu stellen	1- 1,5 Stunden
Zusammenfassung durch den Moderator	Welche Fragen sind geklärt, was ist noch offen und wie gehen wir weiter vor?	10 Min.

**Tabelle 6:** Fahrplan Podiumsdiskussion

## ***Messungen***

*Anschauliche Information*

Messungen sind an sich keine Kommunikationsmaßnahme. Sie können aber zur Konfliktminimierung eingesetzt werden. Denn Messungen von Feldstärken sind anschaulich: Argumente werden durch Daten belegt.

Über Art und Umfang der Messungen muss im Vorfeld zwischen den Beteiligten Einigung erzielt werden. Die Kritiker, also beispielsweise die Vertreter der Bürgerinitiative, und andere interessierte Bürger werden eingeladen. Überzeugend und glaubwürdig ist das Verfahren insbesondere dann, wenn die Kritiker die Punkte bestimmen, an denen die Messungen vorgenommen werden.

Schritte	Ziele	Zeit
Abstimmung mit der Industrie	Einigung über Ablauf der Messungen	In der 1. Woche
Befragung bzw. Erörterung mit Betroffenen	Ermitteln von Messpunkten in der Kommune	In der 1. Woche
Auswahl eines Büros, das die Messung übernimmt	Glaubwürdigkeit der Messung	In der 1. Woche
Messung	Feldstärken ermitteln	In der 2. Woche
Denkbare Ergänzung: Bürgerinformation	Über Messergebnisse berichten	Nach Vorliegen der Ergebnisse
Denkbare Ergänzung: Pressemitteilung	Information der lokalen Presse	Nach Vorliegen der Ergebnisse

**Tabelle 7:** Fahrplan Messungen

### ***Runder Tisch***

Runde Tische sind Verfahren zur Beilegung von Konflikten. Dazu werden die Vertreter der verschiedenen Interessengruppen eingeladen: die Industrie, also z. B. der Mobilfunkbetreiber oder das Stromversorgungsunternehmen, die Bürgerinitiative, die Besitzer der Grundstücke, auf denen Anlagen errichtet werden sollen, andere betroffene Bürger wie Nachbarn, aber auch die örtliche Industrie- und Handelskammer usw.

*Konfliktlösung  
im direkten Gespräch*

Der Zweck des Runden Tisches ist es, eine Möglichkeit zu direkten Gesprächen zu schaffen. Neben dem Austausch über Vorbehalte und Bedenken, wird nach Kompromiss- und Einigungsmöglichkeiten gesucht. Es geht z. B. um Entscheidungen über Standorte, über zusätzliche Maßnahmen zum Schutz vor Gesundheitsschäden usw.

Die Moderation des Runden Tisches ist eine wichtige Aufgabe, die von einem versierten Moderator übernommen werden muss. Der Moderator stellt die Gesprächsordnung her und sorgt dafür, dass sie aufrechterhalten wird; er fasst die Ergebnisse zusammen und dokumentiert diese. Er hilft bei der Überwindung von Spannungen und Konflikten. Er hat die Fairness der Verhandlung sicherzustellen.

*Moderation*

Für den Fall, dass auch kommunale Vertreter als Interessenpartei in den Konflikt involviert sind, oder dass bestimmte Gruppen oder Personen an ihrer Neutralität zweifeln, empfiehlt es sich, einen externen Moderator an den Runden Tisch zu rufen. Diese neutrale Person muss die oben beschriebenen

kommunikativen Kompetenzen besitzen und von allen Beteiligten akzeptiert werden.

	Schritte	Ziele	Zeit
Vorbereitung	Vorbereitung auf den Runden Tisch	Konsens über die Einrichtung des Runden Tisches	In der ersten Woche (Dauer: mehrere Tage)
	Regeln für den Ablauf des Runden Tisches festlegen	Konsens über den Umgang miteinander sowie über den allgemeinen Ablauf des Verfahrens	In der zweiten Woche (Dauer: 2-3 Stunden)
	Fragen und Zielstellungen für den Runden Tisch	Konsens über Themen der Verhandlung sowie über die Ziele	In der dritten Woche (Dauer: 3-4 Stunden)
Durchführung	Informationsaustausch und Faktenermittlung	Konsens über Bewertungsgrundlagen	In der vierten Woche (Dauer: 1 Tag)
	Entscheidungsfindung	Entwicklung von Lösungsalternativen und Entscheidung	In der fünften Woche (Dauer: 1 Tag)
	Entscheidungs-umsetzung	Umsetzen der Vereinbarungen	

**Tabelle 8:** Fahrplan „Runder Tisch“

### ***Merksätze***

- Informationsveranstaltungen, Anhörungen, „Offenes Haus“ und Podiumsdiskussionen sind nur dann sinnvoll, wenn Informationsbedürfnisse bestehen. Sie eignen sich nicht dazu, Konflikte beizulegen.
- Anhörung und „Offenes Haus“ sind um so besser für eine sachbezogene und offene Diskussion, je mehr Zeit vorhanden ist, aufeinander einzugehen. Kleine Veranstaltungen sind Großveranstaltungen immer vorzuziehen.
- Je konkreter die Leitfragen für eine Veranstaltung definiert sind, um so eher können sie auch beantwortet werden.

- Gerade bei Podiumsdiskussionen ist mit negativen Effekten zu rechnen. Sie können – anstatt Unsicherheiten zu reduzieren – mehr Unsicherheit erzeugen. Deshalb sind sie besonders sorgfältig vorzubereiten. Fairness und Chancengleichheit sind durchzusetzen.
- Immer dann, wenn Interessengegensätze vorherrschen (hier Bürgerinitiative, dort Vorhabenplaner) und die Vertreter der Kommune dazwischen stehen, sollten eher Veranstaltungen vom Typ „Runder Tisch“ gewählt werden.
- Konfliktreduzierende Maßnahmen wie „Runde Tische“ sind aufwendig. Sie benötigen eine gründliche Vorbereitungsphase sowie einen erfahrenen Moderator bei der Durchführung.

## **Zusammenfassung**

- Für alle Informationsmaßnahmen und für den Dialog mit den Bürgern sind prinzipiell wichtig: Faktenbasierung und explizite Argumente, Offenheit und Fairness, eine gute Kenntnis der eigenen Handlungsmöglichkeiten und -grenzen, ein aktives Engagement sowie die Abstimmung mit anderen kommunalen Entscheidungsträgern und Ämtern.
- Über Informationsmaßnahmen können diejenigen Bürger erreicht werden, die Fragen zu EMF haben. Hier stehen bereits zahlreiche Materialien zur Verfügung.
- Für Sorgen und Befürchtungen der Bürger sollten die Vertreter der Kommunen ein offenes Ohr haben und darauf vorbereitet sein, selbst zu informieren oder andere Informationsstellen einzubinden.
- Für Dialoge bieten sich verschiedene Vorgehensweisen an. Je nach Lage vor Ort und je nach der spezifischen Anlage, die gebaut werden soll, ist hier ein geeignetes Verfahren auszuwählen. Wichtig ist, alle relevanten Parteien zu beteiligen.
- Trotz guter Vorbereitungen und Durchführung führen Dialoge nicht immer zu einer Beilegung und Lösung des Konfliktes – es gibt auch hier kein „Wundermittel“. Dialoge bieten aber in jedem Fall die Chance für erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume – und erhöhen so die Wahrscheinlichkeit von Lösungen, die sich durch Konsensfähigkeit und Sachverstand auszeichnen.